Tagblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugspreis vierteljährlich M. 4.50, durch die Post M. 5.25, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38: Werktags 8–5 Uhr, Sonntags 9, Werktags 8–10 u. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen 8–5 Uhr Nachm.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 5 Silben) 15 Pfg., für Vereine oder nach Zeitungen 20 Pfg. Unter Gericht (Amtl.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Titelseite Zeile 25 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an. Für Richtigkeit eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Wasserdichte Hohenzollern-Havelocks v. M. 13,50 an
Robert Eger & Sohn, Frauenstr. 5.

1843 gegründet! Tuch-handlung Hänsel-Verchenwald & Söhne DRESDEN J. Unbescheid Schreibergasse 2 (siehe den Artikel)
Practische Anzugs-Stoffe für Confirmanden. Billige, feste Preise!

Dr. Ziegler's Magentropfen
gegen Magenverstimmungen, wirken Appetit anregend, Magen erwärmend und Verdauung befördernd.
Flasche 1,50 M. Prompter Versandt nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

Tapeten — Versandt Geschäft: Marschall Str. 29. F. Schade & Co. Haupt Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke. — Tapeten

Wilh. Böhme, Scheffelstr. 6.
Grösstes Tuch- und Buckskin-Lager.
Billigste Preise.

Bruchleidenden empfehle ich meine nach den Grundsätzen der Wissenschaft angefertigten Bruchbandagen verbesserter Construction. Carl Wendschuch Königl. Hoflief. Trompeterstr. 8.

Nr. 55. Spiegel: Kaiser Wilhelm über die Landwirthschaft. Hofnachrichten. Landwirthschaftliche Versammlung. Bürger- und Bezirksschulen, Invaliden- und Altersversicherung. Prozeß Copia, Gerichtsverhandlungen. Casino-Concert. „Hertha". | Freitag, 24. Februar.

Für den Monat März

werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten" für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **90 Pfennigen**, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, angenommen.

Geschäftsstelle der Dresdner Nachrichten.

Politisches.

Mit freudiger Ueberraschung und mit gerechter Genugthuung werden die deutschen Landwirthe, die soeben in großartiger Kundgebung mit elementarer Ueberzeugungskraft die Nothlage ihres Gewerbes bezeugt haben, die Ansprache begrüßen, welche der Kaiser am Mittwoch an eine Abordnung preußischer Landwirthe aus den östlichen Provinzen gerichtet hat und zwar, was besondere Erwähnung verdient, in Gegenwart des preußischen Ministerpräsidenten und des Landwirthschaftsministers. Wir kommen, sagte der Sprecher der Abordnung, in schwerer Sorge wegen des Niederganges wie wegen der Zukunft unseres landwirthschaftlichen Gewerbes. Unsere allerunterthänigste Bitte geht dahin, die von uns in einer Denkschrift näher bezeichnete Sachlage huldvollst zu prüfen und unserer Wünsche mit einem machtvollen Königsworte sich allergnädigst annehmen zu wollen, wie dieses von Eurer Majestät durchlauchtigsten Vorfahren glorreichen Angedenkens zum Segen des Landes wiederholt geschehen ist.

Das bereitwillige Entgegenkommen und die warme Herzlichkeit, welche aus der Antwort des Kaisers spricht, kommt unerwartet und erscheint überraschend, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der erste Diener der Krone noch am Freitag in nicht mißzuverstehender Weise bekundete, daß er der Nothlage der Landwirthschaft kühl bis an's Herz hinan gegenübersteht. Während Kaiser Wilhelm seine Ansprache mit dem Ausdrucke des Dankes einleitete, daß die Landwirthe zu ihm kommen und sich unmittelbar an ihren Landesvater wenden, ließ Graf Caprivi am Freitag im Reichstage unter dem jubelnden Beifall der Manchesterleute, der erbittertsten Gegner der landwirthschaftlichen Interessen, seine Rede in der „dringenden" Warnung gipfeln, „daß die Herren, die das agrarische Interesse vertreten, einmal in sich gehen und reiflich erwägen möchten, ob die Wege, die sie einschlagen, wohl mit dem Staatsinteresse dauernd zu vereinigen sind." Der Kaiser versicherte mit nachdrücklichen Worten, daß ihm die Landwirthschaft und die ackerbautreibende Bevölkerung „besonders" am Herzen liege, daß es ihm Pflicht und Freude sei, die Landwirthschaft, diese „Säule des Königthums", zu erhalten und zu festigen. Wenige Tage vorher hatte dagegen der Reichskanzler ganz besonders betont, daß er keinen Ar und keinen Strohhalm besitze und daß er nicht wisse, wie er dazu kommen sollte, Agrarier zu werden. In der kaiserlichen Ansprache wurde anerkannt, daß es Mittel und Wege mannigfacher, wenn auch schwieriger Natur gebe, um den Sorgen und Schwierigkeiten, mit welchen die Landwirthschaft zu kämpfen habe, abzuhelfen. Graf Caprivi legte das offenherzige Bekenntniß ab, daß er nicht wisse, wie er der Landwirthschaft helfen solle. Er leugnete, daß Abhilfe überhaupt möglich sei. Denn, meinte er, annehmbare, gedeihliche Abhilfevorschläge liegen nicht vor. „Alles, was gesagt worden, sind theils problematische, theils unausführbare Dinge, wenigstens unausführbar bei der jetzigen Lage der Verhältnisse". Die entgegengesetzte Ansicht spricht aus den kaiserlichen Worten. Der Monarch giebt das Versprechen, daß die vorgetragenen Wünsche, deren Erfüllung Graf Caprivi von vornherein abgelehnt hat, eingehend geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen, und er verleiht der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß es auch bei voller Hingabe seiner Regierung gelingen wird, die nach des Reichskanzlers Meinung zur Zeit unlösbare Aufgabe der Beseitigung des landwirthschaftlichen Nothstandes zu lösen. „Sehr richtig!" wurde dem Grafen Caprivi am Freitag aus den Reihen der Linken zugerufen, als er den Satz aussprach: Wenn wir den Staat agrarisch regieren wollten, dann möchte das eine Weile ganz gut gehen, wir würden aber in absehbarer Zeit am Ende sein, vielleicht vor sehr schweren Katastrophen stehen". Denn, setzte er erläuternd hinzu, wirthschaftliche Interessen, die immer mehr oder weniger auf Egoismus basiren, müssen immer, wenn es weit getrieben wird, dazu, mit den staatlichen zu collidiren. Eine andere Auffassung kommt in der kaiserlichen Ansprache zur Geltung. Der Kaiser hat ausdrücklich auf die Rede verwiesen, die er am 6. Mai 1890 beim Festmahle der Provinz Ostpreußen zu Königsberg gehalten hat. Damals hat der Kaiser wörtlich gesagt: „Oft genug sind Versuche gemacht worden, die Interessen der Landwirthschaft zurückzudrängen. Es sind auch Strömungen da, die leider die Achtung vor dem Ackerbau und vor der Landbevölkerung nicht mehr haben. Ich freue mich aber, es sagen zu können, daß ein Umschwung schon eingetreten ist; denn einer unserer bedeutendsten Parlamentarier hat mir versichert, daß er, obgleich er früher anderer Ansicht gewesen, nach eifrigem Studium und tieferem Eingehen auf die bäuerlichen und grundbesitzlichen Dinge, zu der festen Ueberzeugung gekommen sei, daß das Heil für die Zukunft unseres Landes in einer festen, sicher fundirten Bauernschaft liege und daß er seine größte Aufgabe darin erblicke, seine Partei dahin zu bringen, dafür wirken zu wollen. Nun, meine Herren, das ist auch meine Ansicht!" Nach des Grafen Caprivi Ansicht, wie er sie wenigstens am Freitag zum Ausdruck gebracht hat, liegt dagegen das Heil für die Zukunft unseres Vaterlandes darin, daß die Staatsregierung mehr die „idealen Interessen" zu vertreten verpflichtet sei, um so mehr, je weiter die Parteien in das Wirthschaftsleben und dessen Interessen verflochten werden.

Der Gegensatz, der zwischen der Auffassung, die der Kaiser in Bezug auf die Nothlage der Landwirthschaft am Mittwoch geltend gemacht, und derjenigen, die der Reichskanzler in voriger Woche bekundet hat, springt deutlich in die Augen. Wie soll man sich diese auffällige Meinungsdifferenz erklären? Man könnte annehmen, daß Graf Caprivi es versäumt hat, bevor er am Freitag an die „Agrarier" seine scharfe Absage richtete, den Willen seines kaiserlichen Herrn zu erforschen und daß er daher, statt diesen zum Ausdruck zu bringen, nur seine eigenen persönlichen Anschauungen hat zu Worte kommen lassen. Wenn dies wirklich der Fall sein sollte, so stände es in Widerspruch zu den sonstigen Gepflogenheiten des Grafen Caprivi, der von vornherein auf selbstständige persönliche Ueberzeugungen verzichtet hat, um lediglich der allezeit gehorsame Vollstrecker der kaiserlichen Willensentschließungen zu sein. Noch am Freitag hat der Reichskanzler am Schluß seiner Rede versichert, daß er nicht um seinetwillen, sondern um des Kaisers willen auf seinem Posten beharren und daß er in der altpreußischen Weise, in der er erzogen sei — d. h. in der Weise des unbedingten Gehorsams — seine versluchte Pflicht und Schuldigkeit zu thun suchen werde. Richtiger dürfte es wohl sein, anzunehmen, daß an maßgebender Stelle ein Umschwung zu Gunsten der landwirthschaftlichen Bewegung eingetreten ist. Zwischen Freitag und Mittwoch liegen die impulsanten Berliner Versammlungen der Vertreter der deutschen Landwirthschaft. Im Oktober v. J. hat Fürst Bismarck zu einer Deputation des Rummelsburger landwirthschaftlichen Kreisvereins geäußert: „Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen. Wenn die Landwirthschaft sich geschädigt fühlt, dann soll sie schreien, damit es nicht wieder geschieht." Diesen freundschaftlichen Rath haben die Landwirthe befolgt. Sie haben geschrieen, so laut, so mächtig, daß der Nothschrei bis in das Kaiserschloß, bis an das landesväterliche Herz des Kaisers, gedrungen ist. Von dort aus ist der Wiederhall des Nothschreies dann hinübergetragen worden in das Reichskanzlerpalais. Am Sonntag, am Tage nach der gewaltigen Tivoli-Kundgebung, hat der Kaiser seinen ersten Diener in der Wilhelmstraße aufgesucht und mit ihm unter vier Augen eine einstündige Unterredung gehabt. Die Wirkung, welche diese Unterredung herbeigeführt hat, spiegelte sich schon am nächsten Tage in einer offiziösen Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg." wieder, die zu Aller Erstaunen urplötzlich über Nacht zu der Erkenntniß gelangt war, daß die Kundgebungen der Landwirthe recht beachtenswerth seien, daß die Landwirthe ihr gutes Recht wahrnehmen, um so mehr als sich die politischen Parteien bedauerlicherweise viel zu wenig um wirthschaftliche Interessen kümmerten. Im Interesse der Landwirthschaft müsse man wünschen, daß der Bund der Landwirthe ein einflußreicher Faktor werden möge. Man vergleiche hiermit die oben angeführten Auslassungen des Reichskanzlers und man wird zugestehen müssen, daß zwischen dem Pindter-Caprivi vom Montag und dem Grafen v. Caprivi vom Freitag ein schneidender Gegensatz besteht.

Zweifellos hat die Sache der Landwirthschaft mit der Zusicherung der kaiserlichen Antheilnahme einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Dessenungeachtet aber dürfen die Landwirthe sich nicht einem thatenlosen Optimismus hingeben und die Hände wieder in den Schooß legen. Nach wie vor gilt es, die Mahnung des preußischen Landwirthschaftsministers zu beherzigen, der vorgestern in Berlin seinen landwirthschaftlichen Berufsgenossen die Worte zurief: „Legt selbst Hand an und organisirt Euch!" L.—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23 Februar.

Berlin. Reichstag. Der Handelsvertrag mit Egypten wird in 3. Lesung debattelos angenommen. Dann wird die Berathung des Etats des Innern beim Reichsgesundheitsamte fortgesetzt. — Abg. Dr. Baumbach (freis.) begründet seinen Antrag auf Zulassung der Frauen zum ärztlichen Studium. Die öffentliche Meinung stelle sich der Frage gegenüber immer günstiger. Sie sei im württembergischen Landtage, in der badischen und in der großherzoglich hessischen Kammer erörtert worden und selbst das preußische Abgeordnetenhaus, das sonst zu rapiden Fortschritten wenig geneigt sei, habe eine Petition um Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium der Regierung zur Erwägung überwiesen. Zweifel an der Befähigung der Frauen seien nicht gerechtfertigt. Redner beruft sich zum Beweise hierfür auf Bebel's Buch „Die Frau", ferner auf Sabor, auf Frau Dr. Lüder ꝛc. Prof. Leyden habe den Frauen zwar den zur Leitung der Patienten nöthigen Charakter abgesprochen, aber darin irre er, wie auch Bebel irre, wenn er den Frauen der bemittelten Stände den sittlichen Ernst absprechen. Der Einwand, das Heraustreten der Frau an die Oeffentlichkeit, sei unweiblich, die Frau solle das heilige Herdfeuer hüten, sei hinfällig, wenn der Herd fehle. Die Erwerbsfähigkeit der Frauen müsse erweitert werden. Man fürchte die Konkurrenz der billigeren Frauenarbeit; aber die niedrigen Löhne der Frauen hätten ihren Grund in der Beschränkung des Arbeitsfeldes der Frauen. Die besondere Befähigung der Frauen zum ärztlichen Berufe erhelle aus dem, was sie als Krankenpflegerinnen leisteten. Die Anwesenheit weiblicher Studenten in den Hörsälen werde nur erziehlich wirken. — Staatssekretär v. Bötticher: Das Reich habe mit der Sache nichts zu thun; die Reichsgesetzgebung hindere nicht die Frau, die Heilkunde auszuüben, sie schreibe vor, daß zur Erlangung der Approbation als Arzt das Reifezeugniß von einem Gymnasium und die Beschleinigung des ärztlichen Universitätsunterrichts beigebracht werden müsse. Der Antragsteller müsse also sein Bestreben dahin richten, daß in den Einzelstaaten den Frauen Gelegenheit zum Gymnasial- und zum ärztlichen Universitätsstudium gegeben werde. In das Reichsgebiet könne höchstens noch die Bestimmung aufgenommen werden: Auch Frauen können zur ärztlichen Prüfung zugelassen werden. Damit wäre aber für die Frauen nichts gewonnen, so lange sie nicht die nöthigen Zeugnisse beibringen könnten. — Abg. Dr. Hartmann (kons.): Seine Freunde stünden dem Antrag nicht als unbedingte Gegner gegenüber, aber das Reich könne in der Sache nichts thun. In den Einzelstaaten sei die Stimmung für das Verlangen des Antrags günstig, und auch der preußische Kultusminister stehe diesem Verlangen wohlwollend gegenüber, damit könne sich der Antragsteller trösten; hier sei der Antrag abzulehnen. — Abg. Dr. v. Bar (freis.): Man könne weibliche Personen zur Prüfung auch dann zulassen, wenn sie auf außerdeutschen Universitäten, so in Zürich oder Bern, studirt hätten. Das Gymnasialreifezeugniß könne jetzt schon ohne die Vorbedingung des Gymnasialbesuches erlangt werden. In allen anderen Kulturstaaten könnten Frauen die Approbation als Aerzte erlangen, weshalb nicht auch in Deutschland? Die künstliche Schranke, welche in dem Wortlaut der Prüfungsordnung stehe, müsse aufgehoben werden. — Staatssekretär v. Bötticher: In der Reichsgesetzgebung bestehe eine künstliche Schranke jedenfalls nicht. Gegen die vom Vorredner vorgeschlagenen Ausnahmen spräche, daß gerade von der medizinischen Wissenschaft großer Werth auf die Vorbildung gelegt werde, und wie wolle man dann eine ungleiche Behandlung der Frauen und Männer in diesem Punkte rechtfertigen? Unsere Aerzte seien schon jetzt bemüht, jeden Zuzug aus dem Auslande fernzuhalten. Er sei den Zielen des Antrags nicht feindlich und wisse auch, daß in einzelnen Staaten die Unterrichtsminister bereit seien, der Sache näher zu treten; man möge sich also an die richtige Schmiede wenden. — Abg. Dr. Endemann (natl.): Lasse man die Frauen einfach zur Approbation zu, so liege die Befürchtung einer Vermehrung des wissenschaftlichen Proletariats nahe. Viele männliche Aerzte hätten schon einen schweren Kampf um's Dasein zu führen; es wäre ein gewagtes Experiment, Hunderte von Aerzten einfach auf das Pflaster zu werfen. — Abg. Bebel (soz.): Seine Freunde verlangten Zulassung der Frauen zu allen wissenschaftlichen Studien und Berufen. Man solle sich nicht auf den Standpunkt der Konkurrenzfurcht stellen, die Arbeiter müßten ja auch die Konkurrenz der Arbeiterinnen aushalten. Der Antrag sei nicht werthlos, denn wenn er angenommen werde, so liege darin für die Einzelstaaten eine moralische Nöthigung, für die Frauen die Vorbedingungen zu schaffen, unter denen sie die Approbation erlangen können. Auch könne der Bundesrath ohne jeden Schaden für die medizinische Wissenschaft bestimmen, daß für deutsche Studirte das Studium in der Schweiz als vollberechtigt angesehen werde; eine solche Bestimmung habe ja schon früher einmal bestanden. — Abg. Dr. Hösel (Reichsp.) erklärt sich prinzipiell gegen die Zulassung der Frauen zum ärztlichen Berufe, für den sie nicht geeignet seien, da bei ihnen das Empfinden überwiege; auch liege kein Bedürfniß vor, wie das Beispiel Nordamerika's zeige. — Auf Antrag des Abg. Rickert wird schließlich der Antrag Baumbach von der Tagesordnung abgesetzt, um mit den in dieser Frage eingegangenen Petitionen zusammen berathen zu werden. — Beim Reichsversicherungsamt bedauerte Abg. Röhicke das Ausscheiden 50 staatlicher Betriebe aus der Tiefbaugenossenschaft und vertheidigt sodann die Thätigkeit der Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallverhütung gegenüber früheren Aeußerungen des Abg. Wurm. — Abg. Wurm (soz.): Seine neulichen Angriffe hätten sich gegen die Arbeitgeber gerichtet, die Schutzvorrichtungen unterließen, weil diese Geld kosteten. Wo Schutzvorrichtungen vorhanden seien, werde viel durch Ueberanstrengung der Arbeiter gesündigt; es sei eine scharfe Kontrole nöthig. — Abg. Mirbach (Reichsp.) weist darauf hin, daß verschiedentlich die von den Arbeitgebern angebrachten Schutzvorrichtungen von den Sozialdemokraten bei den Arbeitern lächerlich gemacht worden seien. — Abg. Auer (soz.) beschwert sich über Fälle von Verschleppung der Rentenfeststellung. — Staatssekretär v. Bötticher erwiedert, daß solche Fälle jedenfalls nicht im Sinne des Gesetzes lägen; Abhilfe könne bei einer Revision des Gesetzes erfolgen. — Weiterberathung morgen, außerdem Postdampfsubventionsvorlage.

Berlin. Das Kaiserpaar ist Vormittags nach Neustrelitz zur Abstattung eines offiziellen Gegenbesuchs am dortigen Hofe abgereist. — Der Polarfahrer v. Nordenskjöld ist aus Stockholm hier eingetroffen. — Behufs Stellungnahme zum Reichsseuchengesetze wird ein außerordentlicher deutscher Aerztetag demnächst berufen. — Das preußische Abgeordnetenhaus hielt heute zur Erledigung des Elementarschul-Etats zwei Sitzungen ab. Von Centrumsrednern wurden mehrfach Beschwerden wegen angeblich unparteiischer Behandlung katholischer Kinder erhoben und größere Berücksichtigung der katholischen Geistlichen bei der Schulaufsicht gewünscht. — Die Verhaftung des Kaufm. Paasch ist auf richterlichen Haftbefehl erfolgt. Der Vertheidiger hat die vorläufige Entlassung gegen Kaution beantragt. — Das Gesammtergebniß der Liegnitzer Reichstagsersatzwahl ist: Jungfer (freis.) 10,097, Kuhn (soz.) 1952, Graf Rothkirch (kons.) 1933, Hertwig (Antis.) 6596 Stimmen. — Fürst Hatzfeldt hat im Herrenhaus einen Antrag eingebracht, die Etatposition für genossenschaftliche und kommunale Flußregulirungen künftig von einer halben Million auf 3 Mill. und den Dispositionsfonds zur Unterstützung landwirthschaftlicher Vereine von 310,000 auf 500,000 M. zu erhöhen. — In der Militärkommission des Reichstages wurden die finanziellen Anträge Richter's angenommen. — Das Gesetz über die Abzahlungsgeschäfte wurde von der Reichstagskommission nach den Beschlüssen der ersten Lesung genehmigt und Abg. Dr. Mehnert als Referent bestellt.

Leipzig. Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des Redakteurs Winkel von dem in Elberfeld erscheinenden Blatte „Rheinische Wacht". Winkel war betreffs eines über den Prozeß Bul von erschienenen Artikels wegen Beleidigung des Ersten Staatsanwaltes Baumgarten, des Landgerichtsraths Brixius und des Richterkollegiums in Cleve zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Wien. Der Sanitätsausschuß des Abgeordnetenhauses nahm den Antrag zur Einführung der Leichenverbrennung in den volkreichen Städten mit 8 gegen 7 Stimmen an. — Deutschnationale antisemitische Studenten liefen heute eine Adresse umlaufen, worin den Düsseldorfer Stadtverordneten der Dank für die Verweigerung der Aufstellung eines Heine-Denkmals ausgedrückt wird.

* Rom. Der auf heute angesetzte Empfang des österreichischen Botschafters Revertera wurde wegen andauernder Erkältung des Papstes in letzter Stunde verschoben.

Petersburg. Die Schließung aller deutschen Gymnasialbibliotheken in den Ostseeprovinzen ist beschlossen worden.

* Konstantinopel. In der an der asiatischen Küste gegenüber Stambul belegenen Vorstadt Kadikjöi wurden durch eine Feuersbrunst 700 Häuser des türkischen und griechischen Viertels eingeäschert. Das deutsche und englische Viertel blieben verschont. Verluste an Menschen sind durch den Brand nicht herbeigeführt worden.

Bei der Berliner Börse machte die Haussebewegung weitere Fortschritte, besonders in Banken und Bergwerken. Die größere Emissionsthätigkeit der Banken veranlaßte Meinungskäufe. Am belebtesten war das Geschäft in Bergwerken: Harpener, Hibernia und Gelsenkirchener zogen 3–4 Prozent, Bochumer 2 Proz., Laurahütte 3 Proz. an. Von Banken gewannen Kreditaktien 1 Proz., Diskonto 2 Proz., Darmstädter 3, Deutsche 1½, Dresdner Bank 1 Proz. Auch Schiffahrtsaktien erholten sich um mehrere Prozent. Von Eisenbahnen waren besonders schweizerische belebt und prozentweise steigend, deutsche Bahnen vernachlässigt, von den österreichischen Südbahnen höher. Renten infolge des günstigen Geldstandes fest. Russische Noten infolge Anziehen des Reports schwach. Im Kassaverkehr deutsche Anleihen durch Käufe gehoben, bayrische 4proz. Anleihen wurden mit 101,10 in den Verkehr gebracht. Von Industrieen erfreuten sich namentlich Waggonfabriken größeren Interesses. Privatdiskont 1⅝ Proz. Nachbörse fest. — Wetter: Kälter, Schnee, Nordostwind.

*— Dresden. In der heute (Donnerstag) abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten wurde u. A. ein Antrag der St.-V. Lämmerhirt u. Gen. zum Beschluß erhoben, nach welchem, da die Erhöhung der Gehalte der Lehrer an den höheren Schulen zur Thatsache geworden und die Voraussetzungen, welche es wünschenswerth machten, die Rathsvorlage für Erhöhung der Gehalte der Volksschullehrer in Verbindung mit der der Rathsbeamten zu berathen, nicht mehr zutreffend sind, nunmehr demnächst in die Berathung über Erhöhung der Volksschullehrergehalte eingetreten werden soll. — Auch der schon früher vom St.-V. Behrens gestellte Antrag, vom hiesigen Görlitzer Wagoneinkaufsverein noch für dieses Jahr die höchstmöglichste Wanderlagerfrist zu erheben, wurde zum Beschluß erhoben.

Pfund's Molkerei Gebr. Pfund, Dresden, Bautzner Str. 41 42. Gesellschaftsstube (Telephon). Kindermilch. Trocken-Fütterung.